

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

Januar 2012

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Anja Wodrich

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 23. Januar bis 29. Januar 2012

Das Wichtigste in Kürze

Eurogruppe übt Druck auf Griechenland und private Gläubiger aus

Beim Treffen der Eurogruppe am 23.01. gab es nach Presseberichten heftige Kritik an Griechenland. Der niederländische Finanzminister Jan Kees de Jager wird wie folgt zitiert: „Es gab wachsende Übereinstimmung, dass die Zeit ausläuft. Griechenland muss sich nun endlich bei Strukturreformen und Wachstumsankurbelung bewegen“. Auch der Chef der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker habe beiegepflichtet: „Das griechische Hilfsprogramm ist aus der Spur.“ Für ein zweites Hilfsprogramm müssten in den nächsten Wochen neue Strukturreformen umgesetzt werden, so Kommissionsvizepräsident Olli Rehn. Die Finanzminister der Eurogruppe forderten Griechenland ferner auf, sich in den nächsten Tagen mit den privaten Gläubigern auf einen Zinssatz von deutlich weniger als 4% für die Restschuld nach dem Schuldenschnitt zu einigen. Bis 2020 solle der Zins unter 3.5% liegen. Diese Einigung ist Voraussetzung für weitere Hilfen durch die EU und den IWF. Ohne die nächste Hilfs-Tranche ist Griechenland im März zahlungsunfähig.

<http://www.consilium.europa.eu/homepage/showfocus?lang=en&focusID=79550>

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kritik-der-euro-finanzminister-griechenland-muss-sich-endlich-bewegen-11621420.html#Drucken>

<http://www.ftd.de/politik/europa/:schuldenkrise-eu-und-iwf-stoppen-griechen-deal/60158790.html>

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Ausschüsse des Europäischen Parlaments neu konstituiert

In der Woche vom 23.-26.01. wählten die Ausschüsse ihre Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden. In fünf Ausschüssen gab es einen Wechsel im Vorsitz. Im Auswärtigen Ausschuss wird Elmar **Brok** (EVP/DE, CDU) erneut Vorsitzender, anstelle von Gabriele Albertini (EVP/IT), dafür verliert Herbert **Reul** (EVP/DE, CDU) den Vorsitz im Industrieausschuss, der nunmehr an Amalia Sartori (EVP/IT) geht. Reul ist als Nachfolger von Werner **Langen** Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im EP geworden; als Co-Vorsitzender wurde Markus **Ferber** (CSU) bestätigt. Neuer Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses wird Michael **Theurer** (Liberales/DE, FDP). Im Umweltausschuss tritt Matthias **Groote** an die Stelle von Jo **Leinen** (beide S&D/DE, SPD). Im Fischereiausschuss ersetzt Gabriel Mato Adrover Carmen Fraga (beide EVP/ES). Fraga ist Ministerin in der neuen spanischen Regierung geworden.

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20120123IPR35947/20120123IPR35947_en.pdf

2. Wechsel im Vorsitz des EU-Militärausschusses

Der Rat ernannte am 23.01. General Patrick de Rousiers (Frankreich) zum Vorsitzenden des Militärausschusses der EU (EUMC) für eine Amtszeit von drei Jahren ab 06.11.12. General Patrick de Rousiers ersetzt General Håkan Syrén (Schweden), der seit 06.11.09 im Amt ist. Der EUMC ist das höchste militärische Gremium innerhalb des Rates. Der Rat ernannte ferner den deutschen Konter-Admiral Klaus-Michael Nelte zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe des Militärausschusses für drei Jahre ab 01.10.12.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/127417.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/127480.pdf

3. Start der Europäischen Bürgerinitiative

Die Europäische Bürgerinitiative geht im April an den Start. Am 26.01. hat die Kommission auf einer Konferenz mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und führenden Vertretern von Facebook, Google, Twitter und Dailymotion die Initiative einsatzbereit gemacht. Maroš Šefčovič, der für die Bürgerinitiative zuständige Kommissionsvizepräsident, erklärte: "Durch dieses neue Recht wird ein weiteres Kapitel im demokratischen Leben der EU aufgeschlagen.

Es verschafft Bürgern nicht nur unmittelbar Gehör in Brüssel, sondern regt auch echte grenzüberschreitende Diskussionen über EU-Fragen an."

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10417_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/51&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=de>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:065:0001:0022:DE:PDF>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Ölembargo gegen Iran

Der Rat Auswärtige Angelegenheiten beschloss am 23.01. verschärfte Sanktionen gegen den Iran, um ihm die Finanzierung seines Atomprogramms zu erschweren. Wichtigste Maßnahme ist ein Importverbot für iranisches Öl. Mit Rücksicht auf Griechenland, Italien und Spanien können Altverträge aber noch bis zum 01.07. erfüllt werden. Griechenland erhält nur vom Iran Öl auf Kredit. Untersagt wird auch der Handel mit petrochemischen Produkten. Investitionen in die iranische Ölindustrie werden verboten. Die Konten der iranischen Zentralbank werden blockiert, allerdings werden Zahlungen an ausländische Schuldner ausgenommen. Auf die Sanktionsliste kommt auch die einzige größere noch in Europa tätige iranische Bank Tejarat, die von Paris aus operiert.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/127446.pdf

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:019:0022:0030:DE:PDF>

2. Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und Anerkennung des Kosovo

Der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments sprach sich am 24.01. für die baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien aus und bedauerte die fortdauernde Blockade durch den Namensstreit mit Griechenland.

Außerdem rief der Ausschuss in einer weiteren Stellungnahme zur Anerkennung des Kosovo durch die fünf Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, auf. Dies sind Griechenland, Zypern, Rumänien, die Slowakei und Spanien. Das Plenum wird in den beiden Märztagungen hierüber abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120123IPR35957/html/Start-EU-talks-with-former-Yugoslav-Republic-of-Macedonia-recognise-Kosovo>

b) Außenhandel

EP-Ausschuss für Handelsabkommen mit Marokko

Der Außenhandelsausschuss des Europäischen Parlaments sprach sich am 26.01. für das vorgeschlagene Abkommen über den Handel mit Erzeugnissen der Landwirtschaft und Fischerei aus. Hierdurch könnten sofort 45% der EU-Exporte (im Wert) nach Marokko und 55% der EU-Importe aus Marokko liberalisiert werden. Nach einer zehnjährigen Übergangszeit würde der Wert der EU-Exporte 70% erreichen. Das Abkommen ist allerdings mit einer Schutzklausel für den Fall von Marktstörungen versehen. Außerdem bleiben für empfindliche Erzeugnisse wie Tomaten Einschränkungen. Das Plenum wird in der Woche vom 13.02. abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120123IPR35962/html/Trade-MEPs-back-farm-and-fisheries-deal-with-Morocco>

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Besserer Marktzugang für Entwicklungsländer

Die Kommission schlug am 27.01. Maßnahmen zur Förderung der Entwicklungsländer durch Handel vor. Danach sollen die Handelspräferenzen stärker den ärmsten Ländern zu Gute kommen. Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Partnerländern der EU müssen über Fragen der Zollltarife hinausgehen und auf den Abbau der tatsächlichen Handelshemmnisse wie Normen, Dienstleistungen, Rechte des geistigen Eigentums, öffentliches Auftragswesen, Infrastrukturen und Verpackungsanlagen abzielen. Der Zugang von Exporteuren aus den Entwicklungsländern zum EU-Markt soll erleichtert werden. Die Entwicklungsländer sollen bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf ihren Inlandsmärkten und bei der Einhaltung internationaler Qualitäts-, Arbeits- und Umweltnormen unterstützt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/80&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/148997.htm>

2. EU unterstützt VN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge mit 55 Mio. EUR

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und UNRWA-Generalbeauftragter Filippo Grandi unterzeichneten am 25.01. ein Gaza Abkommen über 55.4 Mio. EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/59&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Kettenarbeitsverträge bei Vertretungsbedarf zulässig

Im Falle einer Kölner Justizangestellten, die von 1996 bis 2007 mit insgesamt 13 befristeten Arbeitsverträgen jeweils als Vertretung beschäftigt war, entschied der Europäische Gerichtshof auf Vorlage des Bundesarbeitsgerichts, dass die Verlängerung befristeter Arbeitsverträge auch dann durch einen Vertretungsbedarf gerechtfertigt sein kann, wenn sich dieser Bedarf als wiederkehrend oder sogar ständig erweist.

Der Einsatz dieser aufeinanderfolgenden befristeten Verträge könne jedoch gegebenenfalls unter Berücksichtigung ihrer Zahl und Gesamtdauer einer Missbrauchskontrolle unterzogen werden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2012-01/cp120004de.pdf> (PM EuGH)
<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=118543&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=702859> (Urteil)

2. Die EU bittet um Stellungnahmen zum PROGRESS Programm

Alle, die die politische Diskussion zu den Themen Beschäftigung und soziale Fragen verfolgen und alle, die auf nationaler und EU Ebene an der Politikgestaltung oder –Umsetzung beteiligt sind eingeladen an der **Jahresumfrage 2011** teilzunehmen und damit zur **Leistungsüberwachung des PROGRESS-Programms** beizutragen. PROGRESS ist das **Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität** der EU, das Seite an Seite mit dem Europäischen Sozialfonds arbeitet.

Es wurde geschaffen, um die Umsetzung der Ziele der EU in den Bereichen Beschäftigung und soziale Angelegenheiten finanziell zu unterstützen, und so zur Erreichung der Ziele der [Europa 2020 Strategie](#) beizutragen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1173&furtherNews=yes>

3. Tschechien und Litauen missachten Recht auf freien Personenverkehr

Die Kommission hat der Tschechischen Republik und Litauen eine Frist von zwei Monaten gesetzt, um den EU-Vorschriften über die Freizügigkeit nachzukommen. **Litauen** muss gewährleisten, dass nur jene EU-Bürger von den Behörden an einer Einreise gehindert oder ausgewiesen werden, die eine tatsächliche, ernste und gegenwärtige Gefahr für die Gesellschaft darstellen.

Die **Tschechische Republik** verpflichtet EU-Bürger und ihre Familienangehörigen, zusammen mit ihrem Antrag auf den EU-Aufenthaltstitel eine Unterkunftbescheinigung vorzulegen. Darüber hinaus gewährleistet die Tschechische Republik nicht in ausreichendem Maße, dass aus Drittländern stammende Opfer von häuslicher Gewalt darüber informiert werden, dass ihr Recht auf Verbleib im Land durch die Trennung von dem EU-Bürger nicht beeinträchtigt wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/75&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/justice/citizen/move-live/index_de.htm

b) Gesundheit

Italien missachtet Vorschriften zur Zulassung von Generika

Die Kommission hat Italien am 26.01. formell dazu aufgefordert, die EU-Rechtsvorschriften über die Zulassungsverfahren für generische Arzneimittel einzuhalten. Nach der Richtlinie [2001/83/EG](#) zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel muss beim Zulassungsverfahren der Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums nicht berücksichtigt werden; jedoch darf der Inhaber der Zulassung eines Generikums ein Produkt erst dann auf den Markt bringen, wenn das Patent des Referenzarzneimittels abgelaufen ist. In Italien dürfen dagegen Hersteller von Generika ihren Antrag auf Zulassung erst im vorletzten Jahr der Laufzeit eines Patents für ein Referenzarzneimittel stellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/48&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/health/human-use/legal-framework/index_en.htm

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige

Der Rat billigte am 23.01. den Erlass einer Verordnung hinsichtlich der Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Union. Damit sollen aus Mitteln des EU-Haushalts in den Jahren 2012 und 2013 jeweils 500 Mio. EUR für die Beschaffung von Lebensmitteln bereit gestellt werden. Großbritannien, Schweden und Dänemark stimmten dagegen. Tschechien enthielt sich. Deutschland hat Ende 2011 die Sperrminorität aufgebrochen, allerdings gegen die Zusage Frankreichs, dass das Programm ab 2014 nicht mehr fortgeführt werden soll. Der Standpunkt

des Rates entspricht der politischen Einigung im Rat vom Dezember 2011 und ist mit dem Europäischen Parlament abgestimmt, so dass mit einer baldigen Einigung (in zweiter Lesung) zu rechnen ist.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/127489.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st18/st18733.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st18/st18733-ad01.de11.pdf>

b) Landwirtschaft

1. Rat reagiert zurückhaltend auf Kritik an Schulmilchprogramm

Der Rat für Landwirtschaft begrüßte am 23.01. den Sonderbericht Nr. 10/2011 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Sind die Programme 'Schulmilch' und 'Schulobst' wirksam?" und begrüßte die generell positiven Schlussfolgerungen des Rechnungshofs zu dem Programm "Schulobst". Der Rat dem Ergebnis der Bewertung des Programms "Schulobst" und der Bewertung des Programms "Schulmilch" erwartungsvoll entgegen, erkennt an, dass bereits zahlreiche Anstrengungen unternommen wurden und dass bewertet werden sollte, wie sich eine weitere Vereinfachung und Verringerung von unnötigem Verwaltungsaufwand erreichen lässt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st18/st18553.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st15/st15397.de11.pdf>

2. Kommission setzt Käfigverbot in der Legehennenhaltung durch

Die Kommission forderte am 26.01. Belgien, Bulgarien, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Ungarn, die Niederlande, Polen, Portugal und Rumänien mit einem Fristsetzungsschreiben dazu auf, Informationen vorzulegen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Mängel bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften über die artgerechte Tierhaltung zu beseitigen und insbesondere das Verbot so genannter „nicht ausgestalteter“ Käfige für Legehennen gemäß der Richtlinie [1999/74/EG](#) durchzusetzen, das seit dem 1. Januar 2012 gilt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/47&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/laying_hens_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1216&format=HTML&aged=1&language=de&guiLanguage=de>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Blockade im Rat bei Derivatehandel aufgehoben

Der Rat Ecofin fand am 24.01. einen Kompromiss zwischen Frankreich und Großbritannien zum Vorschlag für eine Verordnung über den Derivatehandel. Damit sollen die Beschlüsse des G20-Gipfels vom 26.09.09 umgesetzt werden, wonach alle standardisierten OTC-Derivatkontrakte spätestens Ende 2012 über zentrale Gegenparteien (Clearingstellen) abgerechnet und OTC-Derivatkontrakte an Transaktionsregister gemeldet werden sollten. Die Transparenz außerbörslich ("over the counter") gehandelter Derivate (OTC-Derivate) sei unzureichend. Um eine Einigung mit dem EP in erster Lesung zu ermöglichen, stimmt der Rat nunmehr Änderungen bei der

Aufsicht über zentrale Gegenparteien, den Ausnahmen für Altersversorgungssysteme und der Anerkennung von Gegenparteien in Drittstaaten zu.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/127502.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/124903.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14544.de11.pdf>

<http://www.euractiv.com/euro-finance/finance-ministers-break-impasse-derivatives-regulation-news-510356>

2. Portugal missachtet Regeln zu Fernabsatz von Finanzdienstleistungen

Die Kommission hat am 26.01. beschlossen, Klage gegen Portugal beim Gerichtshof der Europäischen Union zu erheben, da Portugal es versäumt hat, die [Richtlinie 2002/65/EG](#) über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher angemessen in nationales Recht umzusetzen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/50&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Steuern

Belgien muss Vorschriften zum fiktiven Zinsabzug ändern

Die Kommission hat Belgien förmlich aufgefordert, seine Rechtsvorschriften zum Steuerabzug fiktiver Zinsen zu ändern. Die derzeitigen belgischen Vorschriften ermöglichen einen solchen Abzug für belgische Immobilien und Betriebsstätten, nicht jedoch für ausländische Immobilien und Betriebsstätten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/61&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/index_de.htm

c) Wettbewerbsrecht

1. Kommission prüft Umstrukturierungsbeihilfe für Air Malta

Die Kommission hat ein eingehendes Prüfverfahren eingeleitet, um festzustellen, ob die geplante Umstrukturierungsbeihilfe in Höhe von 130 Mio. EUR für die staatliche Luftverkehrsgesellschaft Air Malta im Einklang mit den EU-Beihilfavorschriften steht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/42&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. DCC Energy kann Swea Energi Holding übernehmen

Die Kommission billigte am 27.01. die Übernahme der in Schweden tätigen Energiehandelsfirma Swea Energy Holding durch das in Großbritannien, Irland, Dänemark und Österreich tätige Öl- und Flüssiggashandelsunternehmen DCC Energy Limited.

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Mitgliedstaaten rufen mehr Kohäsionsmittel ab

Die Zahlungen, die die Mitgliedstaaten aus dem letztjährigen Kohäsionspolitikhaushalt erhielten, erreichten den Rekordwert von 32,9 Mrd. EUR – eine Steigerung von 8 % gegenüber 2010 (30,5 Mrd. EUR). Dieser Anstieg der Zahlungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds für das Jahr 2011 spiegelt nach Auffassung der Kommission auch die Tatsache wider, dass wir uns bereits in der zweiten Hälfte des Finanzrahmens 2007-2013 befinden und ein Großteil der Rechnungen nun eingereicht wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/78&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Konsultation zu Regionalbeihilfen

Die Kommission erbittet bis 26.04. Beiträge zu möglichen Verbesserungen der derzeitigen Regulierungen.

http://www.acceptance.ec.europa.eu/competition/consultations/2012_regional_stateaid/index_en.html

3. Neuer Leistungsanzeiger der EU-Innovationsunion 2012

Der Leistungsanzeiger der Innovationsunion bewertet jedes Jahr die Innovationsleistung in den EU-Mitgliedstaaten. Der Anzeiger wird im Auftrag der Europäischen Kommission vom Maastricht Economic and Social Research and Training Centre on Innovation and Technology (UNU-MERIT) erstellt. EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn und EU-Industriekommissar Antonio Tajani werden den aktuellen Leistungsanzeiger am 07.02. in einer Pressekonferenz vorstellen.

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/innovation/facts-figures-analysis/innovation-scoreboard/index_en.htm

b) Energie

Kein europäischer Handlungsbedarf bei Schiefergas

Die Kommission veröffentlichte am 27.01. eine Studie zur Zulassung von Schiefergasprojekten. Basis sind vier Mitgliedstaaten (Frankreich, Deutschland, Polen und Schweden). Die Studie kommt zum Schluss, dass zur Regulierung der derzeitigen Aktivitäten auf diesem Gebiet keine Lücke im europäischen Recht besteht. Auf nationaler Ebene sollte allerdings die Beteiligung der Öffentlichkeit am Genehmigungsverfahren verbessert werden. Die Richtlinie zu Umweltverträglichkeitsprüfungen sollte auch nicht nur bei bestimmten Gas-Produktionswerten angewandt werden. Schließlich sollten die Regulierungen den Investoren Rechtssicherheit bieten.

http://ec.europa.eu/energy/studies/energy_en.htm

c) Währung und Finanzen

1. Dauerhafter Eurorettungsschirm ab Juli 2012

Die Finanzminister der Eurogruppe einigten sich am 23.01. auf ein Vorziehen des permanenten Rettungsfonds („Europäischer Stabilitätsmechanismus“, ESM) um ein Jahr auf den 01.07. Der Vertrag soll im Februar unterzeichnet werden; er bedarf der Ratifizierung durch alle Euroländer. Im Europäischen Rat am 01./02.03. soll über eine Aufstockung der Mittel (bisher 500 Mrd. EUR, davon 80 Mrd. EUR Barkapital) gesprochen werden. Diskutiert wird darüber, die restlichen Mittel (etwa 250 Mrd. EUR) des bis 2013 laufenden temporären Rettungsfonds (EFSF) nicht wie vorgesehen in den ESM einzubeziehen, sondern darauf zu satteln. Deutschland muss in Raten 22 Mrd. EUR bar einzahlen und 168 Mrd. EUR bereit stellen. Die Bundesregierung konnte durchsetzen, dass Hilfszahlungen aus dem ESM nur an Länder gehen, die den Fiskalpakt übernommen haben.

<http://www.consilium.europa.eu/homepage/showfocus?lang=en&focusID=79550>

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2012/01/2012-01-24-esm-vorgezogen.html>

2. Zweites Rettungspaket für Griechenland nicht ausreichend

Kommissionsvizepräsident Olli Rehn anerkannte am 27.01., dass das zweite Rettungspaket für Griechenland in Höhe von 130 Mrd. EUR aufgestockt werden müsse. Nach unbestätigten Berichten sind weitere 12 bis 15 Mrd. EUR erforderlich; die Bezifferung erfolge nach der Einigung Griechenlands mit den privaten Gläubigern. Die zusätzlichen Mittel sollen nicht von den privaten, sondern den öffentlichen Gläubigern aufgebracht werden, so Rehn. Rehn hofft, dass die Einigung mit den privaten Gläubigern nicht erst im Februar erzielt wird. Am 28.01. sind die Gespräche mit dem Internationalen Bankenverband (IIF) erneut ohne Einigung vertagt worden. Die Privatgläubiger scheinen aber bereit, beim freiwilligen Schuldentausch einen Zinssatz von weniger als vier Prozent für neue Staatsanleihen zu akzeptieren.

<http://www.euractiv.com/euro-finance/greece-elephant-room-summit-talks-news-510449>

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/griechenland-verhandlungen-ueber-schuldenschnitt-beendet/6123826.html>

3. Deutschland besteht auf Sparkommissar für Griechenland

Wie die Financial Times Deutschland unter Bezugnahme auf ein auf der Website der britischen Financial Times eingestelltes deutsches Diskussionspapier für die Eurogruppe berichtet, hat Griechenland offenbar "auch im Jahr 2011" die mit den internationalen Kreditgebern vereinbarten Spar- und Reformziele verfehlt. Sollte sich dieser Verdacht bei der laufenden Prüfung durch Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF), der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) erhärten, müsse ein Sparkommissar eingesetzt werden. Andernfalls könne es kein zweites Hilfsprogramm für Athen geben. Ferner müsse sich Griechenland „gesetzlich dazu verpflichten, dem Schuldendienst absolute Priorität zu geben.“ Nach Reuters haben Berliner Regierungskreise die Forderung nach einem Sparkommissar anerkannt.

<http://www.ftd.de/politik/europa/:schuldenkrise-deutschland-will-sparkommissar-fuer-griechenland-durchsetzen/60161024.html>

<http://de.reuters.com/article/topNews/idDEBEE80R03020120128>

VII. Justiz und Inneres

Berufung des neuen OLAF-Überwachungsausschusses

Am 24.01. wurde die Ernennung der neuen Mitglieder des Überwachungsausschusses des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) vom Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission förmlich bestätigt. Im Einzelnen handelt sich um: Herbert Bösch (Österreich), ehemals Mitglied des Europäischen Parlaments (SPÖ), Johan Denolf (Belgien), Direktor in der belgischen Bundespolizei; Catherine Pignon (Frankreich), Generalstaatsanwältin am Berufungsgericht in Angers; Rita Schembri (Malta), Generaldirektorin der Abteilung für Innenrevision beim Ministerpräsidenten von Malta; Christiaan Timmermans (Niederlande), ehemals Richter am Gerichtshof der Europäischen Union.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/39&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/semeta/index_de.htm

http://ec.europa.eu/anti_fraud/index_de.html

VIII. Verkehr

1. Konsultation zu Maßen und Gewichten im Straßenverkehr

Die Kommission erbittet bis 27.02. Beiträge zur Überprüfung der Richtlinie 96/53/EG über die Festlegung der höchstzulässigen Abmessungen und Gewichte für Straßenfahrzeuge. Das Ergebnis der Konsultation könnte auch Auswirkungen auf die Zulassung der sogenannten Gigaliner haben.

http://ec.europa.eu/transport/road/consultations/2012-02-27-weights-and-dimensions_en.htm

2. Interoperabilität und Wettbewerbsfähigkeit Europäischer Eisenbahnen

Die Kommission hat am 25.01. einen Beschluss erlassen, mit dem das Verfahren für die Zertifizierung und Genehmigung von Strecken und Zügen, die mit dem europäischen Zugsicherungs- und Zugsteuerungssystem (ETCS) ausgerüstet sind, verbessert wird. Das ETCS ist das standardisierte europäische System für die Signalgebung und die Beeinflussung der Zuggeschwindigkeit. Durch die ETCS-Einführung auf wichtigen Güterverkehrs- und Hochgeschwindigkeitsstrecken wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Eisenbahnen erheblich gesteigert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/40&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

Nutzeffekt von eGovernment-Projekten steigerungsfähig

In seinen Schlussfolgerungen zum Sonderbericht Nr. 9/2011 des Europäischen Rechnungshofs über die Wirksamkeit der aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanzierten Projekte im Bereich eGovernment, war sich der Rat am 24.01. bewusst, dass die meisten Projekte zwar technisch funktionsfähig sind, dass die Nutzeffekte jedoch geringer waren, als man hätte annehmen können, da der Schwerpunkt bei der Durchführung nicht genug auf den Projektergebnissen lag. Dies sollten die Mitgliedstaaten berücksichtigen, dabei gleichzeitig aber auch

gewährleisten, dass offene, flexible und kooperative eGovernment-Dienste auf örtlicher, regionaler, nationaler und europäischer Ebene entstehen, und insbesondere sicherstellen, dass die Projektträger die Grundsätze transeuropäischer Interoperabilität beachten.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st05/st05203.de12.pdf>

X. Bildung, Forschung, Kultur

Dresdner Forscherin erhält EU-Forschungsstipendium

Was haben Salamander, Frosch und Maus gemeinsam? Ihre Gliedmaßen können nachwachsen, allerdings in verschiedenen Stadien und in verschiedenem Umfang. Warum es so ist und ob es einen Zusammenhang gibt, wird die Dresdner Forscherin Elly Margaret Tanaka mit einem EU-Forschungsstipendium untersuchen. Sie gehört damit zu den 294 Spitzenforschern, an die der Europäische Forschungsrat am 24.01. Stipendien in Höhe von bis zu 3,5 Millionen Euro vergeben hat. Die meisten Stipendien gingen nach Großbritannien, Frankreich und Deutschland.

http://erc.europa.eu/sites/default/files/press_release/files/press_release_adg2011_results.pdf

XI. Sonstiges

Podiumsdiskussion „EU-Krise ohne Ende?“ am 31. Januar in Schwerin

Die Konrad-Adenauer-Stiftung versucht mit dieser Veranstaltung einen vertieften Blick auf die Krise in der EU zu geben. Unter anderem diskutieren dabei Prof. Dr. Manfred Weber, Finanzwissenschaftler der Universität Potsdam, Werner Kuhn, Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU), und Thomas Richterlich, Vorstandsvorsitzender der Nordex SE.

<http://www.kas.de/schwerin/de/events/48992/>